

Dr. Klaus Sorgenicht:

Staat, Recht und Demokratie  
nach dem IX. Parteitag der SED

*Dietz Verlag, Berlin 1976. 176 S.; EVP: 2,50 M.*

Die Broschüre, die sich an einen großen Leserkreis richtet, veranschaulicht in beispielhafter Weise, wie die SED mit den Beschlüssen des IX. Parteitages eine wissenschaftlich begründete Antwort auf alle Entwicklungsprobleme des Staates, des Rechts und der Demokratie bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR gegeben hat. Dabei werden die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Staatsentwicklung, insbesondere die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats als unverzichtbare Bedingung für reale Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, an der Entstehung und am lebendigen Alltag unserer Arbeiter- und Bauernmacht nachgewiesen. Es wird deutlich, daß die SED die Staatsfrage als Frage der Macht stets mit der gebührenden Aufmerksamkeit behandelt und die Arbeiterklasse sowie deren Verbündete befähigt hat, die Macht erfolgreich auszuüben.

Die Arbeit Sorgenichts ist damit zugleich ein wirksamer Beitrag zur Auseinandersetzung mit den verschärften Angriffen bürgerlicher Ideologen auf die Staats- und Rechtsordnung der DDR. Sie entlarvt alle Versuche dieser Ideologen, die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus in der Staatsfrage zu leugnen oder zu entstellen.

In sieben Kapiteln behandelt Sorgenicht den Klassencharakter unseres Staates, die Diktatur des Proletariats als Ausdruck wahrer Volksherrschaft, den sozialistischen Staat als Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen, die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als Hauptrichtung der Staatsentwicklung, die Qualifizierung der staatlichen Leitungstätigkeit bei der Durchführung des Fünfjahresplanes 1976—1980, die Aufgaben zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zum Ausbau der Rechtsordnung der DDR sowie die objektiv wachsende Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei in der staatlichen Tätigkeit.

Der Verfasser beginnt mit prinzipiellen Ausführungen zur Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats in der DDR. Er geht davon aus, daß die Marxsche These von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats während der ganzen historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft volle Gültigkeit besitzt und durch die Geschichte bestätigt ist.

Der IX. Parteitag der SED gelangte in Auswertung aller geschichtlichen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung und nach einer gründlichen Analyse der inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen der DDR zu der programmatischen Zielstellung, den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern als eine Form der Diktatur des Proletariats, die die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt, weiter allseitig zu stärken. Dafür gibt es nach Sorgenicht zumindest drei gewichtige Gründe (S. 10):

1. Die Diktatur des Proletariats ist eine geschichtliche Wahrheit, die fest mit dem politischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse auf dem Boden unserer Republik verwurzelt ist und auf den Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer beruht.

2. Die Diktatur des Proletariats entspricht dem Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR und dem Stand des internationalen Klassenkampfes; sie ist eine bedeutende politische Errungenschaft.

3. Der Staat der Diktatur des Proletariats ist das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus.

Das sind Grundpositionen in der Machtfrage, die hohe Aktualität besitzen, besonders bei der Entlarfung aller Versuche des Revisionismus, unsere Haltung zur Diktatur des Proletariats als „dogmatisch“ zu diffamieren.

Zu Recht widmet der Autor bei der Behandlung dieses Eckpfeilers der marxistisch-leninistischen Staatslehre geschichtlichen Betrachtungen breiten Raum. Das entspricht dem erkenntnistheoretischen Wert der historischen Analyse für die Herausarbeitung der Wesenszüge der sozialistischen Staatsmacht und für das praktisch-politische Handeln der Massen.

Im zweiten Kapitel begründet Sorgenicht die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen (ökonomische Basis, Klassenstruktur) ableitenden Konsequenzen für die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, vor allem in bezug auf die ständige Verbreiterung der sozialen Basis der Macht. Er weist nach, wie die Diktatur des Proletariats real die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt.

Sehr wesentlich ist dabei die Auseinandersetzung mit Versuchen bürgerlicher Ideologen, unsere sozialistische Demokratie zu diffamieren und die bürgerliche Demokratie mit der Demokratie überhaupt zu identifizieren. Zu Recht stellt der Autor fest, daß die bürgerliche Demokratie als Ganzes ein Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems ist und der Erhaltung der Machtstellung einer winzigen Minderheit dient. In allen imperialistischen Ländern unternimmt die herrschende Klasse zunehmend Anstrengungen, die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen, die mit der bürgerlichen Demokratie verbunden sind, noch weiter einzuschränken oder ganz zu beseitigen.

Es ist verdienstvoll, daß Sorgenicht den Komplex Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie in seiner inhaltlichen Verbindung mit der Freiheit und den Menschenrechten herausarbeitet. Bekanntlich unternimmt der Klassengegner große Anstrengungen, sich als „Verteidiger der Menschenrechte“ in den sozialistischen Ländern aufzuspielen.

Kapitel III, das sich mit dem sozialistischen Staat als Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen beschäftigt, ist wegen seiner theoretischen und praktischen Bedeutung besonders hervorzuheben.

Der Autor geht von der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs „politische Organisation des Sozialismus“ aus, um den Staat in seiner Stellung als Hauptinstrument zu charakterisieren. „Die politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft umfaßt mehr als den Staat, nämlich sowohl staatliche (Volksvertretungen, Staatsapparat, Rechtsordnung) als auch nichtstaatliche Organisationen und Institutionen und ihre vielfältigen Wechselbeziehungen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Der Begriff der politischen Organisation widerspiegelt die Vielfalt, den zunehmenden Reichtum der politischen Beziehungen und Erscheinungen im Sozialismus“ (S. 42/43).

Dieses Herangehen ist nachdrücklich zu unterstützen, weil nur so die wachsende Rolle des Staates innerhalb der politischen Organisation des Sozialismus umfassend bestimmt werden kann. Zugleich ist diese Darstellung besonders geeignet, die Vielfalt der politischen Formen bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zu erfassen.

In diesem Zusammenhang verdienen die Ausführungen im vierten Kapitel besonderes Interesse, das die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie zum Gegenstand hat. Im Programm der SED wird